

-
- **Suu Kyis Partei boykottiert Wahl in Birma**
 - **Junta annulliert Wahlergebnis von 1990**
 - **Wahlgesetz schließt Regimekritikerin Suu Kyi aus**
-

Suu Kyis Partei boykottiert Wahl in Birma

Reuters_29. März 2010

Die Partei von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi boykottiert die für dieses Jahr geplante Wahl in Birma.

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) habe entschieden, sich nicht registrieren zu lassen, weil sie das Wahlgesetz für ungerecht halte, teilte die größte Oppositionspartei am Montag mit. Eine Entscheidung für das Ende der NLD sei mit dem Boykott nicht gefallen, heißt es jedoch. "Die Partei wird nicht sterben", sagte das hochrangige Mitglied Win Tin der Nachrichtenagentur Reuters. Die Arbeit gehe weiter. Allerdings droht der Partei die Zwangsauflösung, sollte sie sich nicht registrieren. In der Partei gärt es, zwischen Verfechtern und Gegnern des Wahl-Boykotts gab es Streit über den Kurs.

Die in Birma herrschende Militärregierung lässt nur Parteien zur Wahl zu, die frühere oder aktuell inhaftierte Mitglieder aus ihren Reihen verbannen. Etwa 2100 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen des Landes, darunter zahlreiche führende Mitglieder der NLD. Prominentester Häftling ist Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi, die 15 der vergangenen 21 Jahren in Gewahrsam oder unter Hausarrest verbrachte. Der Wahltermin ist noch nicht bekannt.

"SIE SIND IN DIE FALLE GEGANGEN"

In der größten Stadt des Landes, Rangun, wurde der Boykott zum Teil kritisch gesehen. "Sie sind in die Falle gegangen", sagte ein ehemaliger Beamter. "Auch ohne Suu Kyi hätten sie Druck ausüben können." Der Ausstieg aus der Wahl spiele den Generälen in die Hände. Die NLD hatte 1990 mit großem Vorsprung gewonnen, sie durfte aber ihr Mandat - trotz Versprechungen des Militärs - nie ausüben. Beobachtern zufolge hat die Militärjunta aus dem Urnengang gelernt und die Verfassung so gestaltet, dass ein Verbleib an der Macht auch ohne die Manipulation der Wahlergebnisse gesichert ist.

Die USA und die Vereinten Nationen (UN) haben die Verfassung nicht öffentlich hinterfragt, aber klargemacht, dass eine Wahl ohne politische Häftlinge nicht glaubwürdig sei.

Junta annulliert Wahlergebnis von 1990

tagesschau.de - 11. März 2010

Nach der Bekanntgabe des neuen Wahlgesetzes hat die Militärregierung von Myanmar, dem ehemaligen Birma das Ergebnis der vergangenen Parlamentswahl von 1990 offiziell annulliert. Es stimme nicht mehr mit der neuen Verfassung überein, so die Begründung. Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi kritisierte das neue Gesetz. Es habe den Anschein, als sei es auf sie persönlich gemünzt.

Damals hatte die Nationale Liga für Demokratie, NLD, unter Führung von Aung San Suu Kyi die Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen. Die Militärs erkannten das Ergebnis aber nicht an.

[Bildunterschrift: Exil-Myanmaren fordern in Bangkok die Freilassung Aung San Suu Kyis.]

Vor den Wahlen in diesem Jahr muss die NLD ihre langjährige Vorsitzende, die seit Jahren unter Hausarrest steht, aus der Partei ausschließen. Nach dem Wahlgesetz, das in den vergangenen Tagen bekannt gegeben wurde, dürfen verurteilte Häftlinge keiner Partei angehören. Damit sind außer der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi auch rund 2000 weitere politische Häftlinge von den Wahlen ausgeschlossen.

"Das ist nicht demokratisch"

Der stellvertretende Vorsitzende der NLD, Tin Oo, der selbst jahrelang im Gefängnis war und erst vor kurzem freigelassen wurde, sprach von einem schweren Schlag für seine Partei: "Das ist unfair. Das Wahlgesetz verbietet die Teilnahme von Verurteilten und zwingt die Parteien, solche Mitglieder

auszuschließen, wenn sie an den Wahlen teilnehmen wollen", so Tin Oo. Das sei nicht demokratisch. Immerhin durfte die Nationale Liga für Demokratie jetzt ihre rund 300 Büros im ganzen Land wieder öffnen. Sie waren seit Jahrzehnten geschlossen, nur das Hauptquartier der Oppositionspartei in Rangun durfte geöffnet bleiben - unter strenger Kontrolle der Sicherheitskräfte.

Noch hat die NLD nicht entschieden, ob sie an den Wahlen teilnimmt. Bislang war die Anerkennung des jetzt annullierten Wahlergebnisses von 1990 eine der Hauptforderungen der Partei. Win Hlaing, einer der Mitglieder des Exekutiv-Komitees der NLD, sagte im Fernsehen, ohne starke Opposition im Parlament könne man keine Demokratie aufbauen. Die Militärregierung wolle "eine Situation schaffen, nach der die Oppositionsparteien nicht im Parlament vertreten sein werden".

UNO und USA kritisieren Junta

Das neue Wahlgesetz wurde bereits international kritisiert. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon rief die Militärs in Birma dazu auf, freie und faire Wahlen zuzulassen und Aung San Suu Kyi nicht auszuschließen. Die US-Regierung erklärte, unter diesen Umständen bestehe keine Hoffnung auf ein glaubhaftes Wahlergebnis. Der Sprecher des State Department Philip Crowley sagte, dies sei "ein Schritt in die falsche Richtung". Das neue Wahlgesetz mache den demokratischen Prozess "lächerlich und ein glaubhaftes Ergebnis unmöglich". Die USA wollen die Wahlen in Birma deshalb nicht anerkennen.

Wahlgesetz schließt Regimekritikerin Suu Kyi aus

Stern.de_11. März 2010

Die USA haben ein neues myanmarisches Wahlgesetz kritisiert, das die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi von den geplanten Parlamentswahlen ausschließt.

Die Neuregelung sei "enttäuschend und bedauerlich", sagte der für Ostasien und den Pazifik zuständige Staatssekretär im US-Außenministerium, Kurt Campbell, am Mittwoch bei einem Besuch in Malaysia. Washington fordere weiterhin die Freilassung von Suu Kyi, fügte der Gesandte hinzu. Die Friedensnobelpreisträgerin müsse eine "aktive Rolle im politischen Leben" des südostasiatischen Landes übernehmen. Campbell forderte die Militärjunta auf, vor den für dieses Jahr angekündigten Wahlen einen Dialog mit der Opposition zu führen. Die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi verbrachte 14 der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest oder im Gefängnis und war erst im Februar mit einem Einspruch gegen eine Verlängerung ihrer Strafe gescheitert.

Der Ausschluss der birmanischen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi ist international auf Kritik gestoßen. Sollten Suu Kyi und ihre Partei nicht an der Wahl teilnehmen können, wäre die Abstimmung eine Farce und würde dem angestrebten Fahrplan zur Demokratisierung widersprechen, sagte der philippinische Außenminister Alberto Romulo am Donnerstag. Die Philippinen sind wie Birma Teil des Verbandes Südostasiatischer Staaten (ASEAN), deren Mitglieder einander nur selten öffentlich kritisieren.

Auch die USA und Großbritannien äußerten sich enttäuscht über die Entscheidung der Militärregierung. Staatliche Zeitungen veröffentlichten unterdessen weitere Gesetze zur Wahl, die am Montag verabschiedet worden waren. Demnach wird eine fünfköpfige Wahlkommission eingesetzt, die das letzte Wort über das Ergebnis haben wird. Außerdem wird ein neu zu schaffendes Abgeordnetenhaus aus 330 gewählten zivilen Mitgliedern und 110 Vertretern der Streitkräfte bestehen. Ein Haus der Nationalitäten soll 168 gewählte Kandidaten und 56 weitere Mitglieder haben, die vom Militärchef ausgesucht wurden. Wer die Wahl stört, kann demnach für ein Jahr inhaftiert werden.

Die letzte Parlamentswahl von 1990 wurde mit den neuen Gesetzen offiziell für ungültig erklärt. Das Gesetz aus dem Jahr 1989, das die Abstimmung 1990 regelte, wurde widerrufen. Bei dieser Wahl gewann Suu Kyis Partei Nationale Liga für Demokratie (NLD), doch die Militärregierung weigerte sich, die Macht abzugeben. Ein Datum für die von der Junta versprochene Wahl steht noch nicht fest. Die von der Junta erlassenen Regeln entziehen das passive Wahlrecht allen Personen, die rechtskräftig verurteilt worden sind.

-
- **Junta erklärt letzte freie Wahlen für ungültig**
 - **UN-Gesandter erhebt schwere Vorwürfe gegen Junta in Birma**

- Militärregierung in Birma veröffentlicht Wahlgesetze

Junta erklärt letzte freie Wahlen für ungültig

WELT ONLINE - 11.03.2010

Zwanzig Jahre nach dem nie anerkannten Wahlsieg von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat Birmas Militärjunta die letzten freien Wahlen von 1990 offiziell annulliert. Zugleich schlossen die Generäle Suu Kyi von dem für dieses Jahr geplanten Urnengang aus. Das geht aus dem in birmanischen Medien veröffentlichten neuen Wahlgesetz hervor.

Zwanzig Jahre nach dem nie anerkannten Wahlsieg von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat Birmas Militärjunta die letzten freien Wahlen von 1990 offiziell annulliert. Zugleich schlossen die Generäle Suu Kyi von dem für dieses Jahr geplanten Urnengang aus. Das geht aus dem in birmanischen Medien veröffentlichten neuen Wahlgesetz hervor. Mit den neuen Vorschriften will die Junta nach eigenem Bekunden die rechtlichen Grundlagen für die anstehenden Wahlen schaffen. Zur Annullierung des Ergebnisses von 1990 hieß es, dieses stehe im Widerspruch zu der seit 2008 geltenden Verfassung. Diese garantiert dem Militär unter anderem ein Viertel aller Parlamentssitze und die Besetzung der wichtigsten Regierungsposten.

UN-Gesandter erhebt schwere Vorwürfe gegen Junta in Birma

(AFP) – Vor 2 Tagen

Der UN-Sondergesandte für Birma hat schwere Anschuldigungen gegen die dortige Militärregierung erhoben. In einem in Bangkok veröffentlichten Bericht, der am Montag dem UN-Menschenrechtsrat vorgelegt werden soll, spricht der UN-Gesandte Tomas Ojea Quintana von einer "systematischen Verletzung der Menschenrechte" in dem südostasiatischen Land.

Nach seinen Erkenntnissen könnten die in Birma begangenen Menschenrechtsverletzungen nach den Kriterien des Internationalen Strafgerichtshofes womöglich sogar als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" oder "Kriegsverbrechen" eingestuft werden. Quintana bezog sich in seinem Bericht auf die immer wieder von Menschenrechtsorganisationen angeprangerten Missstände wie die Rekrutierung von Kindersoldaten, die Diskriminierung ethnischer Minderheiten, die Misshandlung von Häftlingen sowie Zwangsarbeit und Vergewaltigungen.

Der Militärjunta warf Quintana vor, Urheber und nicht nur passiver Zuschauer dieser Missstände zu sein. Die Menschenrechtsverletzungen seien "das Ergebnis staatlicher Politik, in welche die Behörden auf allen Ebenen eingebunden sind". Zugleich erneuerte der UN-Sondergesandte die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen in Birma. Unter der Militärjunta sitzen derzeit mehr als 2100 politische Häftlinge in Haft. Quintana forderte, die Vereinten Nationen müssten noch vor der für dieses Jahr in Birma geplanten Wahl die Missstände untersuchen.

Birma wird seit 1962 vom Militär regiert. Zwar versprach die Regierung für dieses Jahr Wahlen, zu denen mehrere Parteien zugelassen werden sollen. Allerdings forderte sie die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie (NLD) auf, Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus ihren Reihen auszuschließen und somit von der Wahl fernzuhalten. Quintana hatte Birma zuletzt im Februar besucht, als dies noch nicht bekannt war.

Militärregierung in Birma veröffentlicht Wahlgesetze

FOCUS Online - 11.03.2010

Die Teilnahme der Oppositionsführerin Aung Sang Suu Kyi (NDL) an der Parlamentswahl von Birma ist unsicher. Sie bezeichnet die veröffentlichten Wahlgesetze der Militärregierung als ungerecht und repressiv. Bei der letzten Wahl 1990 ging die Nationale Liga für Demokratie (NDL) als Sieger hervor, jedoch weigerte sich die Militärregierung die Macht abzugeben.

Die birmanische Oppositionsführerin Aung Sang Suu Kyi hat die von der Militärregierung in den vergangenen Tagen veröffentlichten Wahlgesetze als ungerecht und repressiv bezeichnet. Sie rufe die

Menschen und die demokratischen Kräfte zu einem einheitlichen und resoluten Vorgehen auf, erklärte Parteisprecher Nyan Win nach einem Treffen mit der 64-Jährigen am Donnerstag. Wie die Partei reagieren werde, wisse er noch nicht, sagte er.

Suu Kyis Partei Nationale Liga für Demokratie (NDL) hat bislang nicht entschieden, ob sie an der versprochenen Parlamentswahl teilnimmt. Die letzte Wahl von 1990 gewann die NDL, doch die Militärregierung weigerte sich, die Macht abzugeben. Ein Datum für die von der Junta versprochene Abstimmung steht noch nicht fest. Die von der Junta erlassenen Regeln entziehen das passive Wahlrecht allen Personen, die rechtskräftig verurteilt worden sind, also auch Suu Kyi. Sie hat 14 der letzten 20 Jahre im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Die Wahl von 1990 wurde mit den neuen Gesetzen offiziell für ungültig erklärt.

-
- **Die Ikonen des Friedens kämpfen für ihre Freundin**
 - **Nobelpreisträgerin bleibt in Birma unter Hausarrest**
-

Die Ikonen des Friedens kämpfen für ihre Freundin

Welt Online_2/3/2010

Es ist eine bewegende Geste, die an das Schicksal einer berühmten Frau erinnern soll: Sechs Friedensnobelpreisträgerinnen haben sich zusammengeschlossen, um für die Freiheit der siebten zu kämpfen. Der Schauprozess in New York steht im Zeichen von Aung San Suu Kyi, die im Birma unter Hausarrest steht.

US-Präsident Barack Obama ist knapp ein Jahr nach seiner Wahl mit dem Friedensnobelpreis 2009 ausgezeichnet worden. Der erste jemals verliehene Friedensnobelpreis ging im Jahr 1901 an... Sie sind die weiblichen Ikonen des Friedens: Seit der Friedensnobelpreis im Jahr 1901 erstmals Mal vergeben wurde, haben ihn auch zwölf Frauen erhalten. Sieben von ihnen leben heute noch. Sechs von ihnen haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Frieden zu kämpfen – und für die Freiheit der siebten.

Heute findet in New York ein Schauprozess statt, bei dem die „Nobel-Frauen“ die Verbrechen der birmanischen Militärdiktatur gegen Frauen, insbesondere auch gegen die Politikerin Aung San Suu Kyi, anprangern wollen. Die birmanische Politikerin, die 1991 den Friedensnobelpreis erhielt, steht seit 1998 mit Unterbrechungen in Birma unter Hausarrest. Das Datum ist nicht zufällig gewählt: Parallel zum Tribunal tagt ebenfalls in New York die UN-Kommission zur Stellung der Frau.

Beim „Tribunal“ der Nobel-Frauen werden im Proshansky-Auditorium der New Yorker City University zwölf birmanische Aktivistinnen als Zeuginnen der Anklage vor das Publikum treten, um von systematischen Vergewaltigungen, Folter und psychischer Gewalt zu berichten. Auf der „Richterbank“ sitzen unter anderem die amerikanische Nobelpreisträgerin Jody Williams, der argentinische Architekt Adolfo Perez Esquivel (Friedensnobelpreis 1980) und auch eine echte Juristin – die iranische Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi. Die Veranstaltung, für die im Vorfeld auch die Hollywood-Schauspielerin Mia Farrow geworben hatte, wird live im Internet übertragen.

Die „Nobelfrauen-Initiative“ wurde im Januar 2006 gestartet. „Unser Ziel ist nicht, eigene Projekte zu gründen, sondern wir wollen auf die Arbeit der Frauen vor Ort aufmerksam machen“, sagt einer der Initiatorinnen, Jody Williams, im Gespräch mit WELT ONLINE. Die Nobel-Frauen treffen sich alle zwei Jahre zu einer Konferenz, die jeweils eine von ihnen ausrichtet. 2009 kamen sie auf Einladung von Rigoberta Menchú Tum (Friedensnobelpreis 1992) nach Guatemala. 2011 wollen sie sich in Kenia treffen, dem Land der ersten afrikanischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai.

Die Idee zum „Birma-Tribunal“ sei während einer von der Initiative organisierten Reise entstanden, bei der sie mit Frauen sowohl an die thailändisch-birmanische Grenze als auch an die zwischen dem Sudan und dem Tschad gereist sei, erzählt die Amerikanerin Williams, die 1997 als Sprecherin der „Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen“ den Friedensnobelpreis erhielt. „Wir wollten klar machen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Krieg in Birma und der Lage in Darfur – etwa, dass beide Regime von China unterstützt werden oder dass Vergewaltigung als Kriegstaktik gegen Frauen eingesetzt wird.“ Die Situation von Aung San Suu Kiy habe sie und die anderen

Friedennobelpreisträgerinnen immer wieder beschäftigt, „zumal das öffentliche Interesse an Birma auch wieder stark abgenommen hat.“

Jody Williams hat Aung San Suu Kiy selbst einmal getroffen. Im Februar 2003 reiste sie mit einer Kollegin mit Touristenvisum über die thailändische Grenze nach Birma ein: „Der Himmel weiß, warum uns das Computersystem beim Übertritt der Grenze nicht aussortierte.“ Weil Aung San Suu Kiy damals nicht inhaftiert war, konnten die beiden Amerikanerinnen sie in ihrem Haus besuchen. „Sie ist eine starke, entschlossene Frau, die weiß, warum sie die Entscheidungen traf, die sie soviel gekostet haben“, schildert Williams ihre Eindrücke von der Begegnung.

Zurück aus Birma, bat Williams die anderen Friedensnobelpreisträgerinnen darum, Briefe an Aung San Suu Kiy zu schreiben, die sie über eine Kontaktperson an diese weiterleitete. Drei Monate nach dem Besuch wurde die birmanische Politikerin wegen „Subversion“ wieder einmal in Arrest genommen. Jody Williams macht sich keine Illusionen darüber, dass das Tribunal zu einer baldigen Freilassung Aung San Suu Kiy führen wird. „Ich denke, sie werden sie irgendwann gehen lassen, aber wahrscheinlich nicht vor den Wahlen“, sagt Williams. Gleichzeitig weiß die US-Aktivistin, dass die Zeit knapp wird. Die Gesundheit der 64-jährigen Aung San Suu Kiy gilt als fragil. Im vergangenen Jahr kursierten Berichte, sie sei schwer erkrankt, eine ärztliche Behandlung werde ihr aber verweigert. Jody Williams glaubt, dass dies zum Kalkül der birmanischen Junta gehört: „Sie hoffen wohl, dass sie im Gefängnis sterben wird“.

Nobelpreisträgerin bleibt in Birma unter Hausarrest

Welt Online_27/2/2010

Rangun - Die Freiheit von Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bleibt stark eingeschränkt. Die 64-Jährige verlor die letzte Berufung gegen das Hausarrest-Urteil vom vergangenen August, wie ihre Rechtsanwälte in der früheren Hauptstadt Rangun mitteilten. Sie hatten vergeblich argumentiert, dass die Anklage sich auf Paragrafen einer außer Kraft gesetzten Verfassung stütze. Die Dissidentin hat die letzten 14 Jahre isoliert in ihrem Haus in Rangun verbracht. Damit verhindert die Militärjunta eine Beteiligung ihrer Widersacherin am Wahlkampf.

Rangun - Die Freiheit von Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bleibt stark eingeschränkt. Die 64-Jährige verlor die letzte Berufung gegen das Hausarrest-Urteil vom vergangenen August, wie ihre Rechtsanwälte in der früheren Hauptstadt Rangun mitteilten. Sie hatten vergeblich argumentiert, dass die Anklage sich auf Paragrafen einer außer Kraft gesetzten Verfassung stütze.

Die Dissidentin hat die letzten 14 Jahre isoliert in ihrem Haus in Rangun verbracht. Damit verhindert die Militärjunta eine Beteiligung ihrer Widersacherin am Wahlkampf. Das Regime hat für dieses Jahr eingeschränkte Wahlen in Aussicht gestellt. Die letzte freie Abstimmung hatte Suu Kyis Partei NLD 1990 mit weitem Abstand gewonnen. Die Junta erkannte das Ergebnis nie an. Suu Kyi war im August verurteilt worden, weil sie nach Darstellung der Junta die Auflagen ihres noch bestehenden Hausarrests verletzt hatte. Die Anklage ging auf den mysteriösen Besuch eines Amerikaners zurück, der angeblich unbemerkt zu ihrem schwer bewachten Haus geschwommen war.